



Aktueller Begriff

Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerilla-Organisation FARC

Seit Jahrzehnten ist Kolumbien Schauplatz zahlreicher interner bewaffneter Konflikte, in denen mehr als 200.000 Menschen getötet, mehrere Millionen Menschen aus ihren Heimatorten vertrieben und zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen wurden. In einem dieser Konflikte stehen sich bis heute die kolumbianische Armee und die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – FARC) gegenüber. Hoffnung für eine friedliche Zukunft Kolumbiens keimte auf, als die beiden Konfliktparteien am 18. Oktober 2012 trotz fehlender Waffenstillstandsvereinbarung Friedensverhandlungen aufnahmen. Die nach weitgehender Einigung zu den ersten beiden von insgesamt fünf zu verhandelnden Themenblöcken (ländliche Entwicklung, politische Partizipation der FARC) geweckten Erwartungen auf einen baldigen Frieden haben inzwischen jedoch einen Dämpfer erhalten: Während der Gespräche zum dritten Themenblock, in dem es u.a. um die Entwaffnung der FARC geht, erklärte diese am 14. Januar 2014 überraschend den am 15. Dezember 2013 gegenüber der kolumbianischen Regierung für die Dauer eines Monats einseitig erklärten Waffenstillstand für beendet. Gleichzeitig begannen auch die kolumbianischen Streitkräfte, ihre Angriffe gegen die FARC wieder zu intensivieren. Um beurteilen zu können, unter welchen Bedingungen eine politische Konfliktlösung dennoch Aussicht auf Erfolg haben könnte, bedarf es eines genaueren Blickes in die geschichtliche Entwicklung der FARC und die wirtschaftlichen Grundlagen ihres Kampfes.

Die FARC gründete sich am 27. Mai 1964 aus lokalen linksgerichteten Einheiten, die zum Schutz vor Angriffen auf die ländliche Bevölkerung aufgestellt worden waren. Der Zusammenschluss war eine Reaktion auf das gewaltsame Vorgehen der kolumbianischen Armee gegen Bauern, die das zunehmende Ungleichgewicht zwischen städtischer und ländlicher Entwicklung kritisierten, auf eine stärkere Unabhängigkeit von Großgrundbesitzern drängten und Selbstverwaltung für ihre Kommunen forderten. Zunächst war die FARC militärisch **eher defensiv ausgerichtet** und strebte keinen politischen Umsturz an. Erst als soziale und politische Proteste der Landbevölkerung gegen ihre wachsende Verarmung von Armee- und Polizeikräften mit immer größerer Gewalt beantwortet wurden, entwickelte sie sich zu einer **marxistisch-leninistischen revolutionären Guerilla**. Sie bezeichnete sich ab 1966 als bewaffneter Arm des Partido Comunista de Colombia (PCC – Kommunistische Partei Kolumbiens) und gab sich den Beinamen EP (Ejército del Pueblo – Volksarmee). Zu ihren Maßnahmen im Kampf gegen das politische Establishment und gegen im Auftrag von Regierung und Großgrundbesitzern operierende, rechtsgerichtete paramilitärische Gruppierungen zählten sowohl Anschläge und Entführungen als auch militärische Operationen. Finanzielle Unterstützung erhielt die FARC-EP von der Sowjetunion und Kuba; andere lateinamerikanische Guerillagruppen unterstützten die Ausbildung und Ausrüstung der Rebellen.

In den 1980er Jahren änderte sich das Bild der FARC-EP: Als politische Kraft erfuhr sie nach der unter ihrer Mitwirkung 1985 vollzogenen Gründung der Unión Patriótica (UP) und deren Anerkennung als legale linksgerichtete Oppositionspartei, den in Lateinamerika (Nicaragua, El Salvador) eingeleiteten Friedensprozessen sowie den gewaltfreien demokratischen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa zunächst eine **Marginalisierung**. Gleichzeitig entwickelte sie sich wirtschaftlich von einem „Dienstleister“, der verschiedenen Drogenkartellen Lager, Transportmittel und Sicherheitsdienste bereitstellte und im Gegenzug Waffen und Geld erhielt, zu einem der mächtigsten **Drogenkartelle** Lateinamerikas. Dies und Entführungen ermöglichten der weiterhin **sozial** in der ländlichen Bevölkerung **verankerten** FARC-EP, ihren Kampf gegen das politische System zu finanzieren.

Als die UP in den 1990er Jahren nach der Ermordung zahlreicher Mitglieder durch rechtsgerichtete paramilitärische Gruppierungen praktisch bedeutungslos geworden war, wurde die FARC-EP **politisch wieder aktiver**. Überzeugt, dass sie den Konflikt militärisch gewinnen könne, kam eine politische Lösung für sie nicht mehr in Frage. Daher intensivierte die kolumbianische Armee in der Amtszeit von Präsident **Álvaro Uribe Vélez** (2002-2010) mit Unterstützung der USA ihre militärischen Operationen gegen die FARC-EP. Trotz hoher personeller und territorialer Verluste auf Seiten der FARC-EP gelang es aber nicht, die inzwischen ausschließlich **Taktiken der asymmetrischen Kriegführung** anwendenden Rebellen endgültig zu besiegen und den Konflikt zu beenden. Erst Führungswechsel in der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP öffneten den Weg zu Friedensverhandlungen: Präsident **Juan Manuel Santos** versprach sich von einem erfolgreichen Abkommen offensichtlich seine Wiederwahl. **Alfonso Cano**, der 2008 die Führung der FARC-EP übernommen hatte, hatte erkannt, dass eine Machtergreifung auf militärischem Wege illusorisch geworden war. Eine politische Konfliktlösung aber böte die „Chance auf Wiedergeburt als zivile politische Kraft“ (Mathieu).

Der Friedensprozess zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP hatte mit der Verständigung über eine **gerechtere Landverteilung** und eine **politische Beteiligung der FARC-EP** vielversprechend begonnen. Die jetzt anstehenden Themen – **Entwaffnung der Rebellen** und **Alternativen zum Koka-Anbau** – stellen allerdings eine viel größere Herausforderung dar. Denn es geht um die **künftige Existenz** sowohl der FARC-Kämpfer, deren militärische Handlungsfähigkeit und finanzielles Fundament zur Disposition stehen, als auch der Koka-Bauern, denen ohne eine Alternative zum Koka-Anbau der Verlust ihrer wirtschaftlichen Grundlage droht. Der Wille zur Einigung insbesondere bei diesen beiden Themen scheint seitens der FARC-EP angesichts der Aussetzung ihres kürzlich einseitig erklärten Waffenstillstands gegenwärtig nicht vorhanden zu sein. Gleichzeitig dürfte auch die kolumbianische Regierung mit neuerlichen Angriffen ihrer Luftwaffe auf FARC-Stellungen nicht dazu beitragen, das Vertrauensverhältnis zur FARC-EP zu stärken. Damit scheinen die Verhandlungen jetzt an einem Punkt angelangt zu sein, an dem nur ein neuer Vertrauensbildungsprozess – gegebenenfalls unter internationaler Vermittlung – ein endgültiges Scheitern der Friedensgespräche verhindern kann.

Quellen:

- Fischer, Thomas (2005): 40 Jahre FARC in Kolumbien: von der bäuerlichen Selbstverteidigung zum Terror. Sozial. Geschichte: Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts. Jg. 20 (2005), H. 1, S. 77-79.
- Mathieu, Hans (2013): Abkommen ja, Frieden nein? Aussichten der Verhandlungen in Kolumbien. Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2013.
- Zelik, Raúl (1998): Die etwas andere Geschichte der Guerillas in Kolumbien – Entstehung und Entwicklung einer missverstandenen Bewegung. Lateinamerika Nachrichten, Ausgabe 286, April 1998.